

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Frau Veronika Gromann Landtagskandidatin im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd Bündnis 90/DIE GRÜNEN	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Ich setze mich dafür ein, dass:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Produkte in jedem Fall bezüglich der Inhaltstoffe / Produktionsmethoden deutlich gekennzeichnet werden, um den Verbraucher entsprechend zu informieren - Lebensmittel wie Fleisch, Milch oder Eier auch entsprechend gekennzeichnet werden, wenn bei der Fütterung gentechnisch erzeugte Produkte verwendet werden 	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Fracking ist aufgrund der verwendeten Chemikalien und der nicht kontrollierbaren Bohrungsverläufe in unbekanntem Gesteinsschichten eine hochgradig risikobehaftete Produktionsmethode. Selbst vergleichsweise einfache Erdbohrungen zur Erdwärmennutzung haben bereits zu „angeblich nicht möglichen“ hohen Schäden geführt. Somit ist das Gefahrenpotential beispielsweise in Bezug auf die Wasserversorgung äußerst hoch. Auch bei einem Verzicht auf die vorgesehenen Schadensersatzregelungen in TTIP kann Fracking nicht zugestimmt werden. Die Klagemöglichkeit auf „entgangenen Gewinn“ ist insgesamt abzulehnen.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Die bestehenden Ausschreibungsregelungen sind bezüglich der Wertgrenzen (das heißt ab welchen Werten beispielsweise EU-weit ausgeschrieben werden muss) völlig ausreichend. Diese Regelungen müssen im Gegenteil so verändert werden, dass soziale, regionale, produktionstechnische sowie Umwelt- und weitere Aspekte bei Auftragsvergaben künftig stärker berücksichtigt werden können.</p>

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Frau Dr. Julia Frank Landtagskandidatin im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd FDP	<p>Nein</p> <p>, nicht, wenn die o. g. Bedingungen tatsächlich zutreffen würden – was nach meinem Kenntnisstand nicht der Fall ist - der mündige Verbraucher wird die Wahl treffen können. Grundsätzlich würden wir es begrüßen, wenn TTIP – auch als Gravitationszentrum gegenüber dem demografisch und ökonomisch überlegenen amerikanisch-chinesischem Raum - zustande käme. Letztendlich kann TTIP aber nur gelingen, wenn die Bürger beider Seiten ihre Bedürfnisse berücksichtigt fühlen.</p> <p>Das Hauptproblem von TTIP ist die Intransparenz der Verhandlungen, die Tür und Tor für Spekulation wie die o. g. offen lässt. Und damit ist nicht klar, wofür oder wogegen wir sein sollen. Voraussetzung für eine fundierte Beurteilung und Entscheidung ist m. E. eine vollständige Transparenz des Vertragswerks.</p>	<p>?</p> <p>Die Frage ist schwer mit ja oder nein zu beantworten. Wir wollen das Gas, um moderne, umweltfreundliche Gaskraftwerke betreiben zu können. Bei russischem Gas stellen wir uns die Frage nach der Fördertechnologie nicht – das ist scheinheilig. Höchste Priorität in unserem Land muss der Trinkwasserschutz haben, wichtige energiepolitische Fragestellungen können wir aber nicht immer automatisch hinten anstellen.</p>	<p>Nein</p> <p>, unter diesen theoretischen negativen Bedingungen würde ich nicht zustimmen. Allerdings ist die Ausgestaltung dieses Verhandlungsthemas nicht schwarz-weiß zu beschreiben. Die Chancen, die sich für die EU durch TTIP bieten dürfen nicht durch unhinterfragtes Beharren auf bestehenden Regelungen in Frage gestellt werden.</p>

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Herr Bennet Müller Landtagskandidat im Wahlkreis Aalen Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden- Württemberg	Nein , den der Großteil der Verbraucherinnen und Verbraucher in Baden-Württemberg lehnt Gentechnik ab und bringt dies auch bei seinem Einkauf zum Ausdruck. Wenn die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel wegfällt, würde unser Markt mit gentechnisch veränderten Produkten durch die Hintertür überschwemmt. Dem trete ich entschieden entgegen.	Nein , denn Fracking ist eine Hochrisikotechnologie, der meine Partei klar ablehnend gegenübersteht. Des weiteren lehnte ich das Konstrukt der Schiedsgerichte und des Investorenklagerechts, durch das eine solche Klage erst möglich würde, entschieden ab. Durch das Sonderklagerecht für Konzerne werden unsere sehr gut funktionierende staatlichen Gerichte unterminiert. Das ist nicht nur ein klarer Eingriff in unsere Justiz, sondern kann auch nicht im Interesse des deutschen Staates und seiner Steuerzahler sein.	Unentschieden , denn die Frage suggeriert, dass dieses Vergabeverfahren erst mit TTIP so eingeführt werden würde. Fakt ist aber, dass das Europäische Vergaberecht bereits bisher so ausgestattet ist, dass nach § 2 VgV bei einem Schwellenwert von über 130.000 Euro bei Liefer- und Dienstleistungsverträgen und über 5 Mio Euro bei Bauaufträgen europaweit ausgeschrieben werden muss. Das wirtschaftlichste Angebot erhält dann den Zuschlag. Dies ist eine bewährte und richtige Praxis, da sie einen echten Wettbewerb garantiert und vor Einflussnahme von Außen schützt. Unentschieden deshalb, weil ich den Sinn einer weltweiten Ausschreibung nicht sehe und auch die Umsetzung für undurchführbar halte.

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Herr Klaus Maier MdL – Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Wahlkreis Schwäbisch Gmünd	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Im Regierungsprogramm der SPD steht der Satz "keine Gentechnik in Baden-Württemberg.</p> <p>Daher auch keine Zustimmung für ein Freihandelsabkommen, das Gentechnik Tür und Tor öffnet.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Ich lehne Fracking ab!</p> <p>Es ist eine Technologie mit hohen Umweltrisiken, die für die Energiegewinnung in unserem Land nicht geeignet ist.</p> <p>Klagemöglichkeiten auf entgangenen Gewinn gegen Staat und Kommunen lehne ich kategorisch ab.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Staat und Kommunen müssen bei der Auftragsvergabe auf bestimmte soziale Kriterien achten.</p> <p>In diesem Fall wäre das Tariftreue- und Mindestlohngesetz ausgehebelt.</p> <p>Ein Freihandelsabkommen darf den Gesetzgeber nicht knebeln.</p> <p>Die Handlungshoheit muss stets beim Staat bzw. bei der Kommune liegen und darf nicht kurzzeitiger wirtschaftlicher Interessen von Konzernen geopfert werden.</p>

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Herr Roland Hamm Landtagskandidat im Wahlkreis Aalen Die Linke	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Wir fordern die Einführung einer transparenten und verständlichen Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel die Ampelkennzeichnung und den Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit durch unabhängige Institute. Genmanipulierte Produkte müssen deutlich als solche erkennbar sein. Zudem soll die Verbraucherzentrale besser auszustatten, ebenso die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Wir wollen mehr Kontrollen und eine bessere Reaktionsfähigkeit. Mit den Freihandelsabkommen würden Auflagen und Beschränkungen im öffentlichen Interesse aufgehoben oder auf ein zwischen den beteiligten Staaten vereinbartes Mindestmaß reduziert.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>DIE LINKE, genauso wie ich persönlich, wir treten für das Verbot der Risikotechnik Fracking ein! Die öffentliche Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg muss erhalten und verbessert werden. Um nicht zum Spielball von Konzerninteressen zu werden, muss sie unter demokratischer Kontrolle bleiben. Denn treten diese Abkommen in Kraft, würden mühsam erkämpfte Rechte und Standards über Bord geworfen. Auch ohne TTIP&CETA ist Deutschland schon von solchen Klagen betroffen: Der Atomkonzern Vattenfall verlangt 4,7 Milliarden Euro für den von der Bevölkerung beschlossenen Atomausstieg.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Zum Beispiel wollen wir eine landeseigene Wohnbaugesellschaft, die sich an kommunalen Wohnbaugesellschaften mit verbindlich sozialem Auftrag beteiligt oder dort selber baut, wo öffentlicher Bedarf besteht, aber sich keine Bauträger finden. Den ÖPNV auszubauen und flächendeckend Sozial- und Jugendtickets einzuführen, wäre unter dem Diktat von CETA&TTIP sowie TiSA nicht möglich. Mit Abschluss dieser Verträge wird in Deutschland den kommenden politischen Mehrheiten die Freiheit der Entscheidung genommen.</p>

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Frau Dr. Carola Merk-Rudolph SPD-Landtagskandidatin im Wahlkreis Aalen	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Im Regierungsprogramm der SPD steht der Satz "keine Gentechnik in Baden-Württemberg.</p> <p>Daher auch keine Zustimmung für ein Freihandelsabkommen, das Gentechnik Tür und Tor öffnet.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Ich lehne Fracking ab! Es ist eine Technologie mit hohen Umweltrisiken, die für die Energiegewinnung in unserem Land nicht geeignet ist.</p> <p>Klagemöglichkeiten auf entgangenen Gewinn gegen Staat und Kommunen lehne ich kategorisch ab.</p>	<p style="text-align: center;">Nein</p> <p>Staat und Kommunen müssen bei der Auftragsvergabe auf bestimmte soziale Kriterien achten.</p> <p>In diesem Fall wäre das Tariftreue- und Mindestlohngesetz ausgehebelt.</p> <p>Ein Freihandelsabkommen darf den Gesetzgeber nicht knebeln.</p> <p>Die Handlungshoheit muss stets beim Staat bzw. bei der Kommune liegen und darf nicht kurzzeitiger wirtschaftlicher Interessen von Konzernen geopfert werden.</p>

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
<p>Herr Stefan Scheffold Landtagskandidat im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd CDU</p>	<p>Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?</p> <p>Die EU-Kommission hat sich zur Aufrechterhaltung der strengen Regeln zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel verpflichtet und bezeichnet dies als "rote Linie" in den Verhandlungen zu TTIP.</p> <p>Dies begrüße ich. Ein Votum über TTIP könnte ich endgültig erst dann abgeben, wenn die Verhandlungsergebnisse vorliegen.</p> <p>CETA sieht die Aufrechterhaltung der EU-Vorschriften über Gentechnik-Produkte vor. Kanadische Waren dürfen nur dann in die EU eingeführt und verkauft werden, wenn sie die europäischen Voraussetzungen erfüllen.</p> <p>Dies würde einer Zustimmung zu CETA somit nicht im Wege stehen.</p>	<p>Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?</p> <p>TTIP und CETA müssen die Entscheidung über Fracking beim nationalen Gesetzgeber belassen.</p> <p>Bei CETA ist dies bereits Verhandlungsergebnis, bei TTIP setzt sich die CDU dafür ein.</p> <p>Da ein nationalstaatliches Verbot für in- und ausländische Investoren gleichermaßen gilt, stellt dies keine Diskriminierung dar.</p>	<p>Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?</p> <p>Wir setzen uns dafür ein, daß die Entscheidungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterhin bei den bisher zuständigen nationalen Körperschaften verbleiben.</p> <p>Dies steht bei TTIP und CETA nicht zur Disposition.</p> <p>Dadurch bleibt die Entscheidung, auf welche Art öffentliche Aufträge vergeben werden, weiterhin beim nationalen Gesetzgeber.</p>

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Herr Alexander Relea-Linder Landtagskandidat im Wahlkreis Schwäbisch Gmünd Die Linke	Nein Wir fordern die Einführung einer transparenten und verständlichen Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel die Ampelkennzeichnung und den Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit durch unabhängige Institute. Genmanipulierte Produkte müssen deutlich als solche erkennbar sein. Zudem soll die Verbraucherzentrale besser auszustatten, ebenso die Veterinär- und Lebensmittelüberwachung. Wir wollen mehr Kontrollen und eine bessere Reaktionsfähigkeit. Mit den Freihandelsabkommen würden Auflagen und Beschränkungen im öffentlichen Interesse aufgehoben oder auf ein zwischen den beteiligten Staaten vereinbartes Mindestmaß reduziert.	Nein DIE LINKE, genauso wie ich persönlich, wir treten für das Verbot der Risikotechnik Fracking ein! Die öffentliche Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg muss erhalten und verbessert werden. Um nicht zum Spielball von Konzerninteressen zu werden, muss sie unter demokratischer Kontrolle bleiben. Denn treten diese Abkommen in Kraft, würden mühsam erkämpfte Rechte und Standards über Bord geworfen. Auch ohne TTIP&CETA ist Deutschland schon von solchen Klagen betroffen: Der Atomkonzern Vattenfall verlangt 4,7 Milliarden Euro für den von der Bevölkerung beschlossenen Atomausstieg.	Nein Zum Beispiel wollen wir eine landeseigene Wohnbaugesellschaft, die sich an kommunalen Wohnbaugesellschaften mit verbindlich sozialem Auftrag beteiligt oder dort selber baut, wo öffentlicher Bedarf besteht, aber sich keine Bauträger finden. Den ÖPNV auszubauen und flächendeckend Sozial- und Jugendtickets einzuführen, wäre unter dem Diktat von CETA&TTIP sowie TiSA nicht möglich. Mit Abschluss dieser Verträge wird in Deutschland den kommenden politischen Mehrheiten die Freiheit der Entscheidung genommen.

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Herr Winfried Mack Landtagskandidat im Wahlkreis Aalen CDU	Keine Antwort!	Keine Antwort!	Keine Antwort!

Landtagswahl am 13.03.2016 in Baden Württemberg

Das Bündnis Ostalb-gegen-TTIP stellt den Landtags-Kandidaten der Wahlkreise Aalen und Schwäbisch Gmünd folgende Fragen

Kandidat / Frage	Frage / Antwort	Frage / Antwort	Frage / Antwort
Kandidat / Frage	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn dafür jegliche Kennzeichnungspflicht von Gentechnik Produkte verhindert wird zum Schaden der Bürger auch in Baden-Württemberg und der mündige Verbraucher somit seiner Wahlmöglichkeit beraubt würde?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn damit die Risikotechnologie Fracking in Baden-Württemberg sehr schwer zu stoppen wäre, ohne eine Klage auf entgangenen Gewinn zu riskieren?	Würden Sie als Abgeordnete CETA bzw. TTIP zustimmen, auch wenn danach unsere Kommune viel schwerer handlungsfähig wäre, weil sie ab bestimmten Auftragsgrößen weltweit nachfragen müsste und nicht mehr auch nach sozialen, sondern nur noch nach wirtschaftlichen Kriterien Aufträge vergeben dürfte? Insbesondere beim Straßenbau, beim Personennahverkehr etc.?
Herr Christian F. Müller Landtagskandidat im Wahlkreis Aalen FDP	<p>Ich befürworte eine transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln, wozu auch eine Kennzeichnung von Gentechnik veränderten Lebensmitteln gehört.</p> <p>Die Freien Demokraten stehen für transparente und wertfreie Kennzeichnung für mündige Verbraucher.</p>	<p>Die Zukunft wird regenerativen Energien gehören. Darauf wird meine Politik ausgerichtet sein.</p> <p>Fracking ist bereits heute eine etablierte und in Deutschland seit Jahrzehnten eingesetzte Technologie. Die Risikoeinschätzung ergab, dass sie nicht risikoreicher als konventionelle Bohrungen ist.</p> <p>Technologien bewerte ich fachlich nüchtern und nicht ob es ein Kampfbegriff einer Bewegung ist. Meine Abstimmung wird auf Fakten basieren.</p>	<p>Ich stehe für Transparenz und Korruptionsbekämpfung. Deswegen bin ich für transparente Vergabe öffentlicher Ausgaben.</p> <p>Bereits heute haben wir eine europaweite Vergabe. Dies ist kein Widerspruch zu funktionierenden Kommunen.</p> <p>Europa kann in der Korruptionsbekämpfung viel von der USA lernen, wie deren hartes Vorgehen gegen FIFA-Funktionäre zeigt. Hier wird Deutschland von TTIP profitieren.</p>